

Konfligierende Krisenframings deutscher Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände

2

Johannes Kiess

Wenn von Krise die Rede ist, sei sie physisch, psychisch, sozial, ökonomisch oder politisch, steht auch die Frage nach ihrer Lösung im Raum. Um eine Krise zu lösen, muss das bestehende physische, psychische oder institutionelle Setup, welches sich als nicht krisenresistent oder selbst als krisenverursachend gezeigt hat, verändert oder sogar ersetzt werden. Aus soziologischer Perspektive scheint es allerdings nicht ratsam, solche alltäglichen, häufig medizinisch oder ökonomisch geprägten und damit auf bestimmten Paradigmen beruhenden Krisenverständnisse und vor allem die Bezeichnung einer Situation als Krise fraglos zu übernehmen. Vielmehr sollte die Beschreibung und Analyse von Krisen das *Krisenframing* involvierter Akteure umfassen (Habermas 1973; Preunkert 2011, S. 439; Repplinger 1999, S. 212) und so die Standortabhängigkeit von Krisenwahrnehmungen reflektieren. Krisen sind, so wird in diesem Beitrag argumentiert, als Entscheidungssituationen immer auch *windows of opportunity*, die die Möglichkeit eröffnen, existierende Konfliktrahmen oder einzelne Gesetze und Arrangements zu ändern (Fehmel in diesem Band). Es ist zu vermuten, dass Krisen von unterschiedlichen Akteuren ganz verschieden interpretiert und bewertet werden. Folgender Frage wird deshalb in diesem Kapitel nachgegangen: Wie interpretierten die Sozialpartner in Deutschland die Krise 2008 bis 2013 öffentlich und welche strategischen Ziele verfolgten sie?

J. Kiess (✉)

Seminar für Sozialwissenschaften, Universität Siegen, Adolf-Reichwein-Str. 2, 57068 Siegen, Deutschland

E-Mail: kiess@soziologie.uni-siegen.de

© Springer Fachmedien Wiesbaden 2015

J. Preunkert, G. Vobruba (Hrsg.), *Krise und Integration*,

Europa – Politik – Gesellschaft, DOI 10.1007/978-3-658-09231-3_2

Nachdem im ersten Abschnitt der Krisenbegriff diskutiert und das analytische Potenzial einer *framing*-Perspektive auf Krisen herausgearbeitet wird, wendet sich Abschn. 2.2 dem bisherigen Stand der Forschung zu. Im dritten Abschnitt wird das methodische Vorgehen skizziert. Schließlich werden im vierten Abschnitt anhand strategischer Äußerungen im öffentlichen Raum, den Pressemitteilungen von sechs deutschen Verbänden, unterschiedliche Krisenframings analysiert. Untersucht werden auf Seiten der Gewerkschaften die IG BAU, die IG Metall sowie der DGB und auf Seiten der Arbeitgeberverbände der Hauptverband der deutschen Bauindustrie (HDB), der Arbeitgeberverband Gesamtmetall und die Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände (BDA). Hinter der Auswahl der Akteure steht die Vermutung, dass sich das Krisenframing zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden, zwischen *low-skill*, *low-wage* Sektor (Bauindustrie) und *high-wage*, *high-skill* Exportsektor (Metallindustrie) sowie zwischen Sektororganisationen und Dachverbänden unterscheidet. Analytisch wird ferner zwischen drei Ebenen des *framings* unterschieden: Das signifikatorische *framing* beinhaltet Aussagen über die Ausmaße der Krise, über das diagnostische *framing* werden Ursachen benannt und Schuld zugewiesen, und im prognostischen *framing* werden schließlich Lösungen angeboten und es wird auf Konsequenzen von (Nicht-) Handeln verwiesen.

Auf Grundlage der eigenen empirischen Ergebnisse, der Befunde in der Literatur sowie der theoretischen Annahmen wird in diesem Kapitel argumentiert, dass die Krise als diskursives Feld zu interpretieren ist, in dem konfligierende Interessen versuchen, den nationalen, aber auch den darüber liegenden europäischen Konfliktrahmen zu verändern. Dahinter steht, kurz gefasst, das folgende theoretische Argument: Institutioneller Wandel ist, sogar in Krisenzeiten, meist inkrementeller Wandel (Mayntz 2012; Preunkert 2012). Allerdings sind Institutionen (Arrangements, Regeln, Gesetze, Wissensbestände) Gegenstand von Interessenkonflikten. Die Krise wird als rhetorisches Mittel und situativ als Möglichkeit, als *window of opportunity* aufgegriffen. Krisen bieten die Möglichkeit für institutionelle Veränderungen. Unter anderem kommt es darauf an, wer in einer Krisensituation in der Lage ist, die eigenen Vorschläge als krisenlösend und damit als im Interesse aller darzustellen. Mit dem hier gewählten qualitativen Zugang und Material ist es nicht möglich, die Wirksamkeit des Krisenframings bestimmter Akteure zu messen. Allerdings lässt sich umso mehr über das ‚wie‘ und das ‚warum‘ des framings erfahren, da die Pressemitteilungen den ungefilterten *speech act* darstellen (im Vergleich z. B. zu Experteninterviews oder einer Zeitungsanalyse).

2.1 Erfolg oder Untergang: die Krise als Entscheidungssituation

In diesem ersten Abschnitt wird ein soziologischer Zugriff auf das Phänomen Krise entwickelt. Dem häufig für selbstverständlich gehaltenen Umgang mit dem Begriff wird zuerst eine Bedeutungsklärung und zweitens eine dringend gebotene analytische Schärfung entgegengestellt.

Wenn von Krise gesprochen wird, wird immer auch eine stabile Situation vor der Krise impliziert – und der Anspruch, die Krise zu überwinden. Damit zeigt der Krisenbegriff einen Wendepunkt an, so zum Beispiel in der Medizin (Fieberkrise) oder in der Ökonomie (Inflationskrise, Überproduktionskrise usw.). Nach Koselleck entwickelte sich der Begriff in seiner heutigen Bedeutung mit der Moderne selbst, wobei die ursprüngliche Bedeutung des Wortes *crisis* eher im Begriff der Kritik erhalten ist (Koselleck 1982, S. 132): Erst im Übergang zu einem modernen Geschichts- und Gesellschaftsverständnis erlangte der Krisenbegriff seine Entweder-oder-Charakteristik, und jede ‚objektive‘ Krise wurde eine Frage von Leben und Tod, bei der die Antwort richtig oder falsch, gerecht oder ungerecht, heilend oder tötend sein kann (Koselleck 1982, S. 619). Allerdings ist damit noch nichts über den Handlungsdruck gesagt, den der Krisenbegriff transportiert.

Der Krise haftet eine Doppeldeutigkeit an. Jänicke beispielsweise unterscheidet zwischen einem optimistischen (Chance) und einem pessimistischen (Gefahr) Krisenverständnis (Jänicke 1973, S. 10). Ad-hoc Definitionen verweisen ebenfalls regelmäßig auf die im chinesischen Schriftzeichen für ‚Krise‘ enthaltene Doppeldeutigkeit. Die Ratgeberliteratur im Besonderen ist voll solcher Hinweise. Jede Krise, so die Botschaft, ist auch eine Chance und der selbstverantwortliche Mensch ergreift diese selbstverständlich. Aber auch in der sozialwissenschaftlichen Literatur, zum Beispiel zu *critical junctures* (Bermeo und Pontusson 2012, S. 1), ist diese Doppeldeutigkeit des Krisenbegriffs gegenwärtig.

Gegenüber der stabilen Situation davor oder danach ist die Krise selbst eine Phase des radikalen Wandels, der Revolution, aber auch der drohenden Katastrophe. In dieser Situation, wenn so viel auf dem Spiel steht, ist entschlossenes Handeln gefragt. Das impliziert allerdings meist auch kollektives Handeln, denn nur gemeinsame Anstrengungen können die Katastrophe abwenden. Das ‚wir‘ taucht mit beharrlicher Regelmäßigkeit gerade in der Krise auf (Steil 1993, S. 10). Umgekehrt gibt es zur Identifikation mit dem ‚wir‘ keine Alternative, außer Verrat; der Druck, die gemeinsamen Anstrengungen zu unterstützen, ist groß. Wer nicht für das konstruierte, Mehrheitsmeinung gewordene gemeinschaftliche Vorgehen ist, ist automatisch Gegner.

Viele der in Krisendiskursen mobilisierten Metaphern setzen zur Unterstützung von Identitätsbildung und Einheitlichkeit auf religiöse Analogien. Wie die Krise impliziert auch die Apokalypse eine Tabula-rasa-Logik, weshalb entsprechende *framings* eine ungemeine diskursive Macht besitzen (Nagel et al. 2008, S. 308). Diese totalitäre, weil im Angesicht der Apokalypse immer als alternativlos verstandene Konnotation kann dabei, je nach Fall, sowohl aktive als auch passive Strategien vorgeben und folgt damit religiösen Vorbildern: Man kann Krisen einerseits meistern, sie als Herausforderung begreifen und die bestehenden, offensichtlich nicht intakten Verhältnisse ändern, oder andererseits die schweren Zeiten erdulden und durchstehen. Krise und Apokalypse beinhalten jeweils auch Hoffnung und das Versprechen, dass die Krise überwunden werden kann, und sei es mittels einer göttlichen Intervention (ebd., S. 307). Auch in Diskursen, in denen keine transzendenten Mächte (mehr) adressiert werden, spielen Angst und Hoffnung eine zentrale Rolle für das Funktionieren der Krisenmetaphern: „Krisenbewußtsein und Fortschrittserwartung besetzen die Projektionsfläche einer offenen Zukunft mit konträren Affektpositionen.“ (Steil 1993, S. 26)

Auch in der gegenwärtigen Eurokrise tauchten die beiden ‚unausweichlichen‘ Optionen der Krise auf und wurden von unzähligen Akteuren als rhetorisches Mittel genutzt: entweder gestärkt aus der Krise hervorgehen (durch Ergreifen ganz bestimmter Maßnahmen oder durch kollektives „Gürtel-enger-schnallen“) oder in den Abgrund stürzen. Jeder Akteur, der über eine Krise spricht, eine Situation als Krise bezeichnet oder vor einer Krise warnt, kann davon ausgehen, dass das Publikum die Dringlichkeit der Botschaft versteht. Darüber hinaus wird im Sprechen über die Krise ein Sinnzusammenhang für eine soziale Situation hergestellt – und dabei wird mit der Definition der Situation auch schon über mögliche Lösungen entschieden: „Normalität wird in Frage gestellt. Entscheidungen werden abverlangt. Je schärfer die Krise, desto bedeutender die Akteure, desto wichtiger deren der Situation angemessenes Bewußtsein, desto aufgewerteter die Theorie, mit der die Krise antizipiert oder diagnostiziert wird.“ (Ganßmann et al. 1987, S. 135)

Für die soziologische Beobachtung von Krisen sind mindestens zwei Perspektiven relevant (Jänicke 1973), einerseits die auf konkrete Akteure und ihr *Krisenframing* und andererseits jene auf die von den Akteuren beschriebenen Krisenlagen.

Grundlegend hat Habermas hierzu festgestellt: Wir würden „nicht von einer Krise sprechen, wenn es sich allein um einen von außen betrachteten objektiven Vorgang handelte, wenn der Patient nicht in diesen Vorgang mit seiner ganzen Subjektivität verstrickt wäre. Die Krise ist nicht von der Innenansicht dessen zu lösen, der ihr ausgeliefert ist“ (Habermas 1973, S. 9) Und Bohmann und Vobruba argumentieren weiter: „A historical situation becomes a crisis only on account of its being interpreted as a crisis by the actors in this situation. It follows that crises can

only become the subject of social scientific analysis as in practice already interpreted facts.“ (Bohmann und Vobruba 1992, S. 145) Für den systemischen Krisenbegriff gilt: „Krisen entstehen, wenn die Struktur eines Gesellschaftssystems weniger Möglichkeiten der Problemlösung zuläßt, als zur Bestandserhaltung des Systems in Anspruch genommen werden müßten.“ (Habermas 1973, S. 11). Damit geht eine zeitliche Komponente einher, das heißt für die Problemlösung besteht erhöhte Dringlichkeit bei Strafe des Untergangs. Aus dieser Perspektive ist eine Krise „objektive [...] Gewalt, die einem Subjekt ein Stück Souveränität entzieht, die ihm normalerweise zusteht. Indem wir einen Vorgang als eine Krise begreifen, geben wir ihm unausgesprochen einen normativen Sinn: die Lösung der Krise bringt für das verstrickte Subjekt eine Befreiung.“ (ebd., S. 10)

Zieht man beide Perspektiven zusammen, so zwingen nicht nur Krisen Akteure um des Systemerhalts Willen zu handeln, sondern diese Akteure selbst schreiben der Krise Bedeutung zu, konstruieren und interpretieren sie. Krisen sind folglich durch drei Charakteristika geprägt: Sie überfordern ein System in seiner momentanen Problemlösungskapazität, diese Überforderung geht mit einem bestimmten Maß an Zeit- und damit Entscheidungs- und Handlungsdruck einher und schließlich werden diese Krisen von Akteuren auch als solche wahrgenommen: Sie interpretieren also die Situation entsprechend als Krise und verknüpfen ihre Handlungspräferenzen mit dieser Krisendiagnose (Vobruba 2005, S. 16).

Diese Kombination von akteurszentriertem und institutionellem Krisenbegriff hat nicht nur analytische, sondern auch praktische Konsequenzen. Wenn Krisen nur im institutionellen Sinne zu untersuchen wären, wäre es vergleichsweise einfach, zu einer technokratischen Lösung zu kommen – oder eben nicht, dann würde aus der Krise eine Katastrophe. Hängt die Lösung der Krise jedoch *auch* von der Kriseninterpretation eines oder, was viel häufiger der Fall sein dürfte, vieler Akteure ab, ist die Entscheidungssituation nicht mehr ‚objektiv‘ lösbar. Aus sozialwissenschaftlicher Sicht sind Krisen also „gesellschaftliche Entscheidungssituationen“ (Vobruba 1983, S. 9), deren Folgen sich unterschiedlich auf die betroffenen Akteure auswirken. Daraus ergibt sich die Frage, wer in diesen Entscheidungssituationen eigentlich entscheidet, und vor allem, auf welcher Grundlage. Wer entscheidet also, ob es eine Krise gibt, wie schwerwiegend sie ist, was ihre Ursachen sind und was zu tun ist? In Anlehnung an Carl Schmitt lautet die Frage: „Who is to be in charge of proclaiming [...] the need for crisis government?“ (Bracher 1972, S. 516) Denn wer die Krise definiert, definiert auch das Repertoire ihrer Lösung.

2.2 Die soziale Konstruktion der Krise: framings, Narrative, Deutungen, Rhetorik

Der Argumentation in Abschn. 2.1 folgend sind Krisen also sozial konstruierte Entscheidungssituationen. Im Folgenden werden einige an diese Perspektive anknüpfende Untersuchungen vorgestellt. Es findet sich eine ganze Reihe von methodischen Zugängen zur Untersuchung des Deutungsgehalts von Krisen, übernommen insbesondere aus dem Bereich der *cultural studies* und der Diskursanalyse. Einen wissenssoziologischen Zugang eröffnet zum Beispiel Erving Goffmans *Frame-Analyse* (Goffman 1986), welche in der Anwendung zwischen der signifikatorischen, diagnostischen und prognostischen Rahmung sozialer Situationen unterscheidet. Kurz gefasst beschreibt das signifikatorische *framing* die Charakteristika eines Phänomens (z. B. die Schwere einer Krise), das diagnostische *framing* gibt Auskunft über Ursachen und umfasst dabei eventuell auch Schuldzuschreibungen, und schließlich liefert das prognostische *framing* eine Deutung über die Konsequenzen, die aus der entsprechenden Situation und unterschiedlichen Handlungsoptionen folgen. Der Fokus der Sprechakttheorie (vgl. insbesondere Austin 1975) liegt auf den (sprach-)technischen Charakteristika der Krisenkonstruktion. Nagel et al. (2008, S. 307) unterscheiden in ihrer Studie über apokalyptische Rhetorik zwischen apokalyptischer Semantik, also den verwendeten (sprachlichen) Bildern, der apokalyptischen Syntax, also der dramaturgischen Konstruktion von Sprechakten, sowie der rhetorischen Funktion eines Sprechaktes und darüber hinaus ob dieser zielgerichtet ist oder was mit ihm bezweckt wird. In diesen exemplarisch vorgestellten Ansätzen erfolgt die diskursive Konstruktion in der Sphäre der Öffentlichkeit und damit über den Umweg der (Massen-)Medien. Das ist insbesondere für Krisen der Fall: Eine Krise, die nicht in der (betroffenen Teil-)Öffentlichkeit als solche adressiert wird, entfaltet schwerlich die in Abschn. 2.1 beschriebenen Merkmale. In diesem Sinne sind Krisen immer sozial konstruiert.

Die Betonung auf die soziale Konstruktion von Krisen zu legen, bedeutet allerdings nicht, dass diese Krisen nicht ‚real‘ wären. Anders gesagt: „when I say that social crises, such as the financial meltdown of 2008, are performed, I do not mean to suggest that they are merely rhetorical constructions or ontological fictions. However, to say that a situation is real is not the same as saying that its reality is self-evident. The ways in which a situation is named, described, explained and historically positioned both shape its context and determine the plausibility of one contextual account over another.“ (Coleman 2013, S. 330)

Ein illustratives Beispiel gibt Davies (2010), der 38 Theorien gesammelt und beschrieben hat, die alle beanspruchen, die Ursache der gegenwärtigen Krise zu erklären. Die Schuldsuche reicht von den gewachsenen nationalen Ungleichhei-

ten, über *laissez faire*-Regulierung, Kasino-Kapitalismus, das Versagen der Ratingagenturen, die prinzipielle Ineffektivität von Märkten, bis hin zu Gier. Mit jeder Diagnose ist ein Narrativ verbunden, das eine Schuldzuweisung sowie überwiegend als alternativlos dargestellte Lösungsvorschläge enthält. Das bedeutet, gerade wenn man die diskursive Wirkmächtigkeit von Krisennarrativen im Blick hat, dass „there are no innocent descriptive presentations that should be taken just at face value: the shape of the political imagination is too important for this to be the case.“ (Thompson 2009, S. 520)

Allerdings benötigen politische Projekte in komplexen politischen Systemen Narrative im Sinne von Argumenten, Szenarien oder Visionen „which underwrite and stabilize the assumptions for policymaking in situations that persist with many unknowns, a high degree of interdependence, and little, if any, agreement.“ (Roe 1994, S. 34) Und das trifft natürlich auch auf Krisenpolitik zu. Zu Beginn des Jahres 2009 wurde die öffentliche Debatte Thompson (2009) zufolge von zwei akademischen und vier populären *frames* dominiert, die jedes für sich die Krise erklären wollten. Die beiden akademischen *frames* lassen sich als ‚epochaler Wandel‘ und ‚konjunktureller Einbruch‘ zusammenfassen. Thompson beschreibt die Entstehung dieser unterschiedlichen *frames* nicht weiter, doch es ist offensichtlich, dass beide Deutungen ganz unterschiedliche Konsequenzen implizieren. ‚Epochaler Wandel‘ transportiert die Lesart (oder Hoffnung), dass der moderne Finanzkapitalismus und die neoliberale Hegemonie an ihre Grenzen gestoßen sind, während ‚konjunktureller Einbruch‘ allenfalls begrenzte Interventionen in ein weiterhin funktionierendes System notwendig erscheinen lässt. Die populären *frames* knüpfen hieran an, zum Beispiel im Sinne eines „business as usual“ (ebd., S. 521).

Für diese erste Phase der Krise (2009) untersuchten Quiring et al. den medialen Diskurs und kamen zu dem Schluss, dass dort die Krise als von ökonomischen Akteuren verschuldet dargestellt wurde. Demzufolge hätten dieselben Akteure von staatlichen Interventionen profitiert, während die öffentliche Hand die Risiken und Kosten dieser Interventionen tragen musste (Quiring et al. 2013, S. 77). Ein weiterer, sehr einflussreicher *frame* ist die Griechenlandkrise. Als rhetorische Figur taucht die griechische Krise in ganz Europa immer wieder auf „as synonymous with corruption, poor government, austerity, financial bailouts, civil unrest, and social turmoil“ womit lokale und nationale Grenzen transzendiert werden (Knight 2013, S. 147) Die damit einhergehende Externalisierung spielt eine wichtige Rolle im Krisen*framing* insbesondere in Deutschland und lässt sich auch am hier untersuchten Material zeigen (siehe Abschn. 2.4). Eine wesentliche Funktion von Krisen*framing* ist außerdem Komplexitätsreduktion unter anderem in der Berichterstattung. So erklären Quiring et al. (2013, S. 182) die relativ niedrige Anzahl thematischer *frames*, die sie in ihrer Analyse identifizieren konnten, mit den für

ihre Etablierung notwendigen materiellen und kulturellen Ressourcen sowie der thematischen Anknüpfungsfähigkeit.

Das zentrale Narrativ der ersten Phase der Finanz- und Wirtschaftskrise, welches in den meisten Studien herausgearbeitet wurde, konzentrierte sich auf die Deutung der Krise als Finanzkrise: Zu diesem Zeitpunkt fokussierte die Kritik auf das anglo-amerikanische Kapitalismusmodell, und die Regulierung der „außer Kontrolle geratenen“ Finanzmärkte schien die dringlichste Aufgabe zu sein. Dass die Krise zumindest zu Beginn als ökonomische Krise wahrgenommen und interpretiert wurde, mag auf den ersten Blick trivial erscheinen. Allerdings sollte eine soziologische Untersuchung der Krise reflektieren, was es bedeutet, die Krise als ein ökonomisches Problem zu verstehen. Die generelle Frage lautet also: „Welche Institutionen, Wissensformen und Expertisen werden damit einbezogen bzw. ausgeschlossen?“ (Kessler 2013, S. 58) Kessler zufolge ist der Diskurs erstens von drei Grundannahmen getragen: „die Konzipierung von Unsicherheit als Risiko; die Ersetzung epistemologischer durch ontologische Kontingenz; und die Effizienzmarkthypothese.“ (ebd., S. 65) Zweitens wiederholten zentrale Akteure wie die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, der Internationale Währungsfond, und das Financial Stability Board in ihren Publikationen seit 2008 kontinuierlich die Lesart, die Ursache der Krise läge in der unzureichenden *Regulierung* der Praxis auf den Finanzmärkten – und damit nicht in den Praktiken selbst (ebd., S. 61). Mit den Praktiken selbst hätten fundamentale Regeln des modernen Kapitalismus zur Disposition gestanden, und heftige politische Konflikte wären unausweichlich. So aber ließe sich die Krise mit der technischen (Nach-)Justierung des vorhandenen Regelapparates lösen.

Gegen Ende des Jahres 2009 verschob sich die öffentliche und politische Aufmerksamkeit und gleichzeitig wandelten sich die Kriseninterpretationen. Nun war nicht mehr von Finanz- oder Wirtschaftskrise die Rede, sondern von einer Staatsschulden- und der Eurokrise. Dass sich die Krise und ihre Wahrnehmung so schnell und vor allen Dingen grundsätzlich veränderte, dürfte, folgt man den Annahmen in Abschn. 2.1, nicht nur Ursachen auf der systemischen Ebene haben. Bieling argumentiert sogar, dass die Refokussierung der Debatte „organisiert“ wurde und zwar unter anderem „durch die Finanzmarktakteure, die Europäische Kommission sowie die Überschuss- und Gläubigerstaaten, allen voran die deutsche Bundesregierung“ (Bieling 2013, S. 320; vgl. Lehndorff 2012). Auch Colin Hay (2013) unterstellt einen solchen Zusammenhang: Nach anfänglicher Irritation (und einem Regierungswechsel) schwenkte die Krisenpolitik der britischen Regierung zweifellos auf Austerität um und folgte damit der Kriseninterpretation einer Staatsschuldenkrise. Verglichen mit dem keynesianischen Krisendiskurs und der Krisenpolitik der 1970er Jahre ist die nun dominierende Interpretation der Krise,

so Pontusson und Raess, nur erklärbar mit dem „political influence of sectorally based coalitions of firms and unionized workers demanding protection or compensation in the 1970s and the absence or weakness of such coalitions in 2008–2010“ (Pontusson und Raess 2012, S. 15). Die Bedingungen für solche Koalitionen hätten sich allerdings „as a result of deindustrialization, globalization, and the decline of organized labor since the early 1980s“ (ebd.) signifikant verändert. Das heißt, nicht die Dringlichkeit oder Schwere einer Krise allein beeinflusst die Krisenpolitik, sondern die Interessen von Akteuren und deren Möglichkeiten, Koalitionen zu bilden.

Um politische Agenden umzusetzen, ist, wie oben bereits argumentiert wurde, ein Narrativ hilfreich, in auf öffentliche Legitimation angewiesenen Demokratien vielleicht sogar notwendig. Für diese Narrative und für die Beeinflussung und Herausbildung von Kriseninterpretationen spielen, wie Kushner und Kushner (2013) für das Vereinigte Königreich zeigen, Emotionen eine wichtige Rolle. Obwohl die Staatsverschuldung im Vergleich zu den anderen G7-Staaten (Deutschland, Frankreich, Italien, Japan, Kanada und USA) eher niedrig war, verglich die Regierung die Situation mit der in Griechenland und setzte umfangreiche Sparprogramme durch, und zwar nach folgendem Argumentationsmuster: „Our national debt is higher than it's ever been. Our deficit and debt interest payments are unmanageable. Our debt crisis was caused by the overspending of the previous governments. We are on the brink of bankruptcy.“ (Kushner und Kushner 2013, S. 8). Dass diese Darstellung ihre Wirkung entfalten und die Leute überzeugen konnte, „is rooted in fear, anxiety and the almost effortless way in which the personal is woven into the national“ (ebd., S. 9). „[The] clamour of the debt narrative had drowned out dissenting voices and had established a political consensus“, der nicht nur rund 75% der Wähler und Wählerinnen umfasste, sondern auch alle drei wichtigen Parteien (Labour, Tories und Liberal-Demokraten) (ebd., S. 13).

Wie aber wird ein Krisen*framing* konstruiert? Coleman greift auf Kenneth Burkes Theorie des Dramas zurück, um darzustellen, wie man aus einer Krise ein Drama macht („how to make a drama out of a crisis“, Coleman 2013). Bleibt man bei diesem Bild, agieren auch soziale Akteure auf einer Bühne und in Szenen. Mehr noch: „The scene must be set – for scenes do not arrive with their own flavours or accounts of themselves. Turning a situation into a crisis entails a performative construction of meaning which relies not only upon words spoken, but tonal inflections, images, gestures and appeals to memory.“ (ebd., S. 330) Bereits die erste Wahrnehmung und Thematisierung der Krise verändert den interpretativen Rahmen. Deshalb würde jeder Akteur versuchen, die Krise zum Reden und Gehen zu bekommen, und dazu auf ein ganzes Arsenal an Posen, Gesten, Phrasen und Blicke zurückzugreifen, „that symbolically entextualise a sharable notion of a particular historical situation“ (ebd., S. 334).

Wenn Krisen Akteuren *windows of opportunities* bieten, so stellt sich die Frage, warum sich in Folge der Finanzmarktkrise 2008 eher wenig verändert hat (Mayntz 2012; Preunkert 2012). Insbesondere zwei Studien haben versucht, diese relative Resilienz bestehender Institutionen, ideologischer Vorherrschaft und Politikansätze zu erklären. De Ville und Orbie argumentieren, dass der handlungspolitische Diskurs innerhalb der Europäischen Union „has been subtly adapted to the changing crisis environment: from defensive, over offensive-desirable and offensive-necessary towards necessary-but-not-sufficient at the time of writing“ (De Ville und Orbie 2014, S. 149). Diese graduelle Anpassung verhinderte den Autoren zufolge Veränderungen in der Ausrichtung der Politik und legitimierte im Ergebnis Kontinuität – trotz Krise. Blyth wiederum weist darauf hin, dass schon das Vergehen von Zeit, aber auch das Nicht-Vorhandensein von alternativen theoretischen Paradigmen institutionellen Wandel verhinderte (2013, S. 208 ff.). Außerdem ließ die personelle Kontinuität nicht erwarten, dass die Leute, deren Fehler zur Krise geführt hatten, nun einfach eine Kehrtwende vollziehen würden. Deshalb betont Blyth, es sei „politics, not economics, and it is authority, not facts, that matter for both paradigm maintenance and change“ (ebd., S. 10). Bezüglich der ideologischen Hegemonie gibt es in der Tat empirische Belege dafür, dass „[m]ainstream economics is the main ruler, and thus both pro-growth and no-growth can be considered alternative discourses trying to change the reproduction of meaning exercised in business as usual“ (Urhammer und Røpke 2013, S. 69).

Mein Kapitel trägt zu diesem analytischen Diskurs bei und untersucht, wie der öffentliche Krisendiskurs in Deutschland von unterschiedlichen sozialpartnerschaftlichen Akteuren unterschiedlich beeinflusst wird. Diese Beeinflussung impliziert strategisches Handeln, also in diesem Fall gezielt, Deutungsangebote, Ursachenbeschreibungen und Lösungsvorschläge zu kommunizieren. Bisherige Untersuchungen haben sich der Frage, wie Akteure den Diskurs konkret zu beeinflussen versuchen, kaum direkt genähert. Herausgearbeitet und analysiert werden zumeist die *frames*, nicht aber wie Akteure diese formen und zu nutzen versuchen. Es überwiegen darüber hinaus indirekte Zugänge, beispielsweise Zeitungsanalysen. Im Folgenden wird deshalb anhand von Pressemitteilungen, die als strategische Interventionen in den öffentlichen Diskurs verstanden werden, untersucht, wie Akteure versuchen Einfluss auf die soziale Konstruktion der Krise auszuüben versuchen.

2.3 Datengrundlage und methodisches Vorgehen

Untersucht werden die Pressemitteilungen deutscher Sozialpartner aus den Jahren 2008 bis 2013. Auf Seiten der Gewerkschaften wurden die IG Metall (insbesondere Metall- und Elektroindustrie), die IG BAU (v. a. Bauindustrie und Landwirtschaft)

sowie der Dachverband, der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB), ausgewählt. Entsprechend wurden als Arbeitgeberorganisationen der Verband Gesamtmetall, der Hauptverband der deutschen Bauindustrie (HDB) und die Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) in die Untersuchung einbezogen. Die Sektororganisationen wurden, erstens, nicht zuletzt deshalb ausgewählt, weil beide Sektoren von den Konjunkturpaketen der Bundesregierung 2008 und 2009 direkt profitierten. Zweitens, und das ist für die Reichweite der Ergebnisse mindestens ebenso entscheidend, handelt es sich bei der deutschen Metallindustrie um einen Hochlohn- und Hochproduktivitätssektor, der darüber hinaus stark exportabhängig ist. Die deutsche Bauindustrie hingegen zahlt im Vergleich deutlich niedrigere Löhne, die Produktivität ist niedriger und der Sektor deutlich abhängiger von einer stabilen Binnennachfrage. Diese strukturellen Unterschiede könnten, neben der Konfliktlinie zwischen Arbeit und Kapital, das jeweilige *framing* beeinflussen, denn beides impliziert unterschiedliche Interessenlagen.

Die Grundannahme lautet, dass Akteure insbesondere in Konfliktsituationen wie Tarifkonflikten, aber eben auch in ökonomischen Krisenphasen versuchen, die öffentliche Meinung zu beeinflussen (Koch-Baumgarten 2013). Diese Versuche werden ausdrücklich strategisch unternommen. Krisenkommunikation wird in der Literatur meist als situationsspezifische Kommunikation verstanden, die auf Einzelunternehmens- oder Sektorkrisen reagieren will. Die Verantwortlichen für solche Krisenkommunikation in den Verbänden nannten in einer Studie als wichtigste Ziele das Image des Verbandes und dessen Stabilisierung, Risiken für die zentralen Anliegen des Verbandes, sowie, etwas nachgeordnet, das Image des Sektors und das Image der Verbandsmitglieder (Schwarz und Pforr 2010, S. 360). Auf Grundlage des hier verwendeten Datenmaterials ist es natürlich nicht möglich, auf den Erfolg dieser Versuche zu schließen oder gar zu messen, inwiefern diese Interventionen Einfluss auf die Politikformulierung der Bundesregierung hatten. Das Zusammenspiel zwischen Verbänden, der Öffentlichkeit, den Medien und der Politik ist weitaus komplexer (Koch-Baumgarten 2010). Dennoch ist es möglich, nachzuzeichnen, wie die Krise durch Versuche des *Agendasettings* – zum Beispiel bezüglich einzelner Tarifkonflikte, Staatsinterventionen, Haushaltsdisziplin usw. – der Akteure *geframed* und damit sozial konstruiert wurde. Für diesen Zweck sind Pressemitteilungen als Datengrundlage prädestiniert, da sie genau zu diesem Zweck verfasst werden.

Im ersten Schritt wurden aus dem ursprünglichen Datensatz alle Pressemitteilungen ausgewählt, die das Wort „Krise“ enthielten. Per Hand wurden nicht relevante Pressemitteilungen aussortiert, wenn in der Mitteilung zum Beispiel nur auf die Leistungen eines scheidenden Verbandspräsidenten verwiesen wurde, ohne dass die Krise selbst thematisiert wurde. Die in Tab. 2.1 dargestellten Zahlen der

Tab. 2.1 Anzahl Pressemitteilungen die „Krise“ enthalten pro Jahr (eigene Erhebung)

	2008	2009	2010	2011	2012	2013
IG BAU	3	18	10	5	6	4
IG Metall	8	42	16	14	9	1
DGB	28	100	73	47	46	26
Gesamtmetall	7	18	24	20	11	4
HDB	6	16	9	2	5	0 ^a
BDA	3	30	20	5	7	10

^a Die Pressemitteilungen von Juli bis Dezember waren nicht erhältlich, Anzahl nur bis einschließlich Juni

Häufigkeit von „Krise“ pro Jahr lassen für sich genommen nur sehr begrenzte Interpretationen zu. Zwar ist die Häufung im Jahr 2009 erwartungsgemäß, doch auf Grundlage der Daten kann nur sehr schwer auf Ereignisse geschlossen werden. Ob die Krise in 2009 also wirklich am drängendsten war, muss schon auf Grund eines zu vermutenden *time-lag* der Pressemitteilungen offen bleiben. Außerdem sind die Zahlen schwer vergleichbar, da die einzelnen Organisationen sehr unterschiedliche Muster in ihrer Öffentlichkeitsarbeit aufweisen, beispielsweise bezüglich der Themen und der Anzahl der Pressemitteilungen. Der DGB zum Beispiel gibt jedes Jahr insgesamt über 200 heraus, während die anderen hier betrachteten Organisationen meist bei unter 100 bleiben. Während IG BAU und HDB hauptsächlich sektorspezifische und nationalstaatlich gerahmte Themen adressieren, ist bei DGB und BDA als Dachverbänden eine weit größere Palette an Themen anzutreffen. Umso wichtiger war die qualitative Auswertung der Pressemitteilungen.

Im zweiten Schritt wurden alle Dokumente, die das Wort „Krise“ enthielten, danach sortiert, welche der drei Ebenen eines *framings* in Anlehnung an Goffmans „Frame Analysis“ (1986) sie beinhalteten. Das signifikatorische *framing* dokumentiert die Dramatik und Schwere der Krise, also wie der jeweilige Verband die Dringlichkeit der Situation einschätzt. Auf der diagnostischen Ebene des *framings* identifizieren die Verbände Ursachen und gegebenenfalls Schuldige. Spätestens hier wird die Einordnung der Krise als Finanzkrise oder Staatsschuldenkrise relevant. Schließlich umfasst das prognostische *framing* sowohl die direkt aus der Krise erwachsenen Folgen als auch die zu ziehenden Konsequenzen aus Sicht der Verbände. Außerdem wurde in diesem Schritt notiert, ob die Pressemitteilungen sich auf die europäische Ebene bezogen und zum Beispiel Europa als Referenzrahmen enthielten oder einen europäischen Akteur (Europäische Kommission, Europäische Zentralbank) zum Handeln aufforderten. Für die folgende Analyse wurden die Pressemitteilungen dann zusammengefasst und die dominierenden Aspekte mithilfe einer Inhaltsanalyse herausgearbeitet.

2.4 Von der Finanzkrise zur Staatsschuldenkrise

Im Analysezeitraum konnte eine doppelte Verschiebung beobachtet werden. Zum einen zeigt sich eine thematische Verschiebung von der Finanzkrise als externe Bedrohung für die produktiven Sektoren der deutschen Industrie hin zur Staatsschuldenkrise als hausgemachtes Problem einzelner Staaten, zum anderen eine territoriale Verschiebung in Form einer Externalisierung des Krisenproblems: Die Krise in Deutschland war schnell überwunden und der Krisendiskurs fokussierte auf die ökonomische Schwäche der südeuropäischen Eurozonen-Mitglieder. Beides ist kennzeichnend für die deutsche Krisenpolitik. Der anfänglichen externen Bedrohung wurde mit keynesianischen Mitteln begegnet (den Konjunkturpaketen), recht bald wurde aber die Haushaltsdisziplin wieder hervorgehoben – letztlich schon mit der im Konjunkturpaket II angekündigten Schuldenbremse. Gleichzeitig legitimierte die Externalisierung der Krise als Eurokrise (oder Griechenlandkrise) die eigene Position, sowohl im nationalen Diskurs als auch gegenüber den europäischen Nachbarn. Im Folgenden sollen die *framing*-Versuche der deutschen Verbände exemplarisch nachgezeichnet und zusammengefasst werden. Außerdem wird die Veränderung des *framing* der einzelnen Akteure herausgearbeitet und untersucht, inwiefern der nationale und/oder der europäische Konfliktrahmen adressiert wurde. Die Analyse zeigt so, dass es den Akteuren in ihrem strategischen Krisen*framing* einerseits um konkrete Konflikte (z. B. Tarifkonflikte) geht, andererseits aber auch um die Veränderung oder Stabilisierung bestehender Konfliktarrangements. Die Krise wird also als *window of opportunity* antizipiert und entsprechend reformuliert.

2.4.1 Die größte Krise seit dem Zweiten Weltkrieg?

Zu Beginn des Jahres 2009 erlebte Deutschland den stärksten Rückgang des Bruttoinlandsproduktes seit dem Zweiten Weltkrieg. Allerdings zeichneten die Verbände unterschiedliche Bilder der Situation. Die IG BAU und der Hauptverband der deutschen Bauindustrie waren, entgegen dem allgemeinen Krisendiskurs, seit 2007 damit beschäftigt, das angegratete Image der deutschen Bauindustrie zu verbessern. Die IG BAU betonte, die Strukturkrise der deutschen Bauindustrie sei vorbei (IG BAU 2007-1),¹ und auch der Hauptverband der deutschen Bauindustrie

¹ Pressemitteilungen werden nach dem Schema Akteur, Jahr und Nummer zitiert. Wenn keine Nummerierung durch die jeweilige Pressestelle vorlag, wird das Veröffentlichungsdatum angegeben.

ließ verlauten: „Wir müssen definitiv das Reden über die Bauwirtschaft als Krisenbranche beenden und unser ‚Low-Tech-Image‘ überwinden.“ (HDB 2007-42) 2008 äußerte die IG BAU dann erste Warnungen vor der Finanzkrise, die zu Risiken für die deutsche Wirtschaft führen könnte (IG BAU 2008-68). Selbst in der ersten Pressemitteilung von 2009, die die Krise thematisierte, betonte die IG BAU jedoch, dass es keine Krise der Bauindustrie gäbe (IG BAU 2009-5). Zwar wurde die Rezession in darauf folgenden Mitteilungen als die schlimmste der letzten 80 Jahre bezeichnet (IG BAU 2009-35), aber die von der IG BAU repräsentierten Sektoren (Bauen, Malerhandwerk, Landwirtschaft) seien nicht oder nur kaum betroffen. Diese über den Untersuchungszeitraum relativ stabile Einschätzung der Lage wurde mit Vorwürfen gegen die Arbeitgeber kombiniert, die Krise zwecks Lohndruck zu instrumentalisieren, während die IG BAU Lohnsteigerungen von beispielsweise 7,2% für MalerInnen und LackiererInnen (IG BAU 2009-35) und 6,5% für LandschaftsbauerInnen und GärtnerInnen (IG BAU 2009-48) forderte, um die geringen Lohnrunden der vorangegangenen Dekade auszugleichen. Die Arbeitgeberseite antizipierte die Finanzkrise im Laufe des Jahres 2008 als großes Risiko für Investitionen im Bausektor und sagte gegen Ende des Jahres eine schwere Rezession voraus. Die Wirkung der Konjunkturpakete wurde allerdings relativ früh begrüßt (HDB 2009-21), und im Jahr 2010 wurde die Krise für beendet erklärt, trotz weiterhin bestehender Risiken im Bereich des Industriebaus (HDB 2010-35).

In der Darstellung der IG BAU bekam die Krise erst im Jahr 2011 eine europäische Dimension, als sie das erste Mal als Staatsschuldenkrise bezeichnet wurde. Zwar wurde die Weltwirtschaftskrise als die schlimmste seit 1929 thematisiert, aber die Auswirkungen auf die deutsche Bauindustrie wurden als sehr begrenzt wahrgenommen. Dagegen wurden die Krise und die Austeritätspakete in den südlichen Euro-Mitgliedsländern zunehmend als Bedrohung für die deutschen Arbeitnehmer aufgefasst: Die sinkenden Löhne und verschlechterten Arbeitsbedingungen in anderen Ländern wurden als potenzielle Ursache für Konkurrenzdruck kritisiert (IG BAU 2012-63). Der Hauptverband der deutschen Bauindustrie bezeichnete den Bausektor als „krisensicher“ und versuchte so zunehmend, auf einen wahrgenommenen Fachkräftemangel zu reagieren (HDB 2012-7). Die europäische Ebene spielte für den HDB kaum eine Rolle und die Staatsschuldenkrise wurde nicht thematisiert.

Wie die IG BAU war auch die IG Metall Ende 2008 nicht gewillt von einer Krise zu sprechen: Die Finanzkrise war (noch) kein Problem für die Realwirtschaft und Übertreibungen der Auswirkungen eines Finanzcrashes wurden als Strategie der Arbeitgeber identifiziert, die Gewerkschaften zu Lohnzurückhaltung zu zwingen (z. B. IG Metall 16.10.2008 und 01.11.2008). Anstatt also die Auswirkungen

der Krise auf die von der IG Metall vertretenen Exportindustrien zu thematisieren, wies die Gewerkschaft auf die unsicheren Arbeitsverhältnisse von jungen KollegInnen und ZeitarbeiterInnen hin. Im Oktober 2010 war die Krise schließlich überwunden (z. B. IG Metall 18.10.2010 und 01.11.2010). Die Europäische Ebene wurde schon etwas früher bei der Mai-Kundgebung desselben Jahres adressiert. Dabei wurde einerseits die massiv steigende Arbeitslosigkeit in Südeuropa betont, aber andererseits die Krise auch schon weitestgehend externalisiert.

Demgegenüber kann das signifikatorische Krisen*framing* des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall über den untersuchten Zeitraum hinweg als vorsichtig-pessimistisch umschrieben werden. Schon 2007 und damit früher als alle anderen untersuchten Verbände warnte Gesamtmetall vor den Folgen der Finanzkrise und die Pressemitteilungen im Jahr 2008 beinhalten zunehmend mehr Warnungen. Im Frühjahr 2009 führte der Verband Gesamtmetall die Unterscheidung zwischen einer strukturellen und einer Absatzkrise ein – und bei der gegenwärtigen Krise, so die Argumentation, handele es sich nur um eine Absatzkrise. Obwohl die deutsche Industrie ab dem zweiten Halbjahr 2009 wieder steigende Auftragseingänge verzeichnen konnte, versuchte der Verband doch immer wieder, die Erwartungen zu drosseln, und verwies auf den starken Einbruch von Anfang 2009, den man verkraften müsse. Die pessimistischsten Pressemitteilungen dieser Art thematisierten dabei tatsächlich Tarifkonflikte. Zu Beginn des Jahres 2012 war die Industrieproduktion wieder auf das Vorkrisenniveau gewachsen, aber nun fürchtete Gesamtmetall, dass die europäische Staatsschuldenkrise negative Auswirkungen auf das deutsche Wachstum haben könnte (Gesamtmetall 06.12.2012).

Der DGB verlangte schon 2007 von der Europäischen Zentralbank, die Leitzinsen zu senken, in Antizipation der Finanzkrise und als Reaktion auf die von der Federal Reserve Bank gesenkten US-Zinsen. Wie Gesamtmetall war auch der DGB relativ früh daran, die Finanzkrise als Risiko zu klassifizieren (DGB 2008-6), allerdings standen hier die „gesellschaftlichen Herausforderungen“, also Investitionen in Infrastruktur, Bildung u. ä., im Vordergrund (DGB 2008-165). Der DGB positionierte sich mit makroökonomischen Forderungen (Leitzins) und gesamtgesellschaftlichen Themen (Bildung) offensichtlich „über“ den Einzelgewerkschaften. Für die Dachorganisation sind Tarifkonflikte nur mittelbar ein Thema, dafür sind branchenübergreifende Themen wie zum Beispiel Kurzarbeitsregeln oder Ausbildungsplätze das Kerngeschäft des DGB. Ende 2008, als die Vorbereitungen zu den Konjunkturpaketen, bei denen die Sozialpartner als Berater der Regierung eine wichtige Rolle spielten, auf Hochtouren liefen, wurde die Krise aus Sicht des DGB bedrohlicher. Diese seit 80 Jahren schwerste Krise (DGB 2009-24) war nicht nur für die deutsche Wirtschaft eine große Herausforderung, sondern es waren bei einer halben Millionen Arbeitsplätzen, die auf dem Spiel standen, auch soziale und

politische Konsequenzen zu befürchten. Die Menschen könnten vor allen Dingen ihr Vertrauen in die Politik verlieren (DGB 2009-70). Immer wieder bezeichnete der DGB die Krise außerdem als „Systemkrise“ (DGB 2009-72) und bezog in seinen Beschreibungen – im Unterscheid zu den Einzelgewerkschaften – die europäische Ebene schon 2009 in seine Analysen mit ein. Die Krise war demnach so gravierend, dass sie nationale Grenzen transzendieren würde (DGB 2009-100). 2011 ist die Krise in Deutschland aus Sicht des DGB überwunden, doch die Euro-Krise gefährdete nun die gesamte Eurozone (DGB 2011-7, -82). Ab dem vierten Quartal 2012 thematisierten fast alle DGB-Pressemittelungen die europäische Krise und die sozialen Verwerfungen wie die rasant steigende Arbeitslosigkeit. Allerdings hatte sich das Blatt schon 2011 gewendet und 2012 war klar, dass der DGB die Krise nicht mehr als Chance für die Reform eines offensichtlich anfälligen Systems verstand, sondern als Gefahr, die die weitere Durchsetzung neoliberaler Arbeitsmarkt- und vor allem Sparpolitik bedeutete.

Dass die Finanzkrise auch Risiken für die deutsche Wirtschaft mit sich bringen würde, beklagte die BDA in einer Pressemitteilung erstmals Ende September 2008. Ein halbes Jahr später hatte die Krise die Industrie stark getroffen (BDA & BDI 13.03.2009), aber im Gegensatz zu den Befürchtungen des DGB, die Krise könnte vor allem zu Lasten der Jüngeren und von neuen Ausbildungsplätzen gehen, bemühte sich die BDA, solche langfristigen Folgen der Krise zu verneinen (BDA 2009-23). Dabei negierte der Verband die Krise zwar nicht, versuchte aber dennoch, das schon zuvor gepflegte Narrativ des Fachkräftemangels aufrechtzuerhalten (BDA 2009-55). Damit verbunden ist eines der wichtigsten politischen Projekte der BDA, nämlich die Erhöhung des Renteneintrittsalters: Hätte die Krise wirklich größere Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt, so wären solche Forderungen vermutlich schwer politisch durchsetzbar gewesen – zumindest mittelfristig. Ab dem ersten Quartal 2010 war die Krise aus Sicht der BDA vorüber und alle Pressemitteilungen adressierten nun die Krise als eine Staatsschuldenkrise, was sie einerseits umdeutete (z. B. im Vergleich zum DGB aber auch zur bisherigen Bezeichnung als Finanz- oder Wirtschaftskrise) und andererseits externalisierte.

Ein wichtiges und immer wiederkehrendes Motiv des signifikatorischen *framing* in den Pressemitteilungen (und in den Zeitungen) war die Referenz auf die Krise von 1929, indirekt mit den Bezeichnungen größte Krise seit 80 Jahren oder seit dem Zweiten Weltkrieg.² Dies lässt sich als „frame amplification“ (Snow et al. 1986) verstehen: Die Bezugnahme auf ein weithin geteiltes Wissen, in diesem Fall über die Weltwirtschaftskrise von 1929 und ihre Folgen verstärkt die gegenwärtige Beschreibung der Ausmaße der Krise.

² z. B. DGB 2009-167, 2010-37, aber auch bei einigen der anderen untersuchten Akteure.

2.4.2 Die Krisenursachen und die Schuldfrage

Auf der diagnostischen Ebene des Krisen*framing* findet die Ursachen- und in den meisten Fällen auch die Schuldzuschreibung statt. Die IG BAU stellte von Anfang an klar, dass die Krise in den Finanzmärkten ihren Ursprung hatte, aber schon auf ihrer Mai-Kundgebung 2009 modifizierte sie diese Lesart: Der Grund für die Krise waren nicht einfach „giftige Papiere“ und die US-Immobilienblase, sondern 25 Jahre Marktradikalismus und eine falsche Orientierung am *shareholder*-Kapitalismus (IG BAU 2009-35). Die Ursachensuche kam also schnell zu einer deutlichen und umfassenden Kritik am kapitalistischen Wirtschaftssystem (z. B. IG BAU 2009-98). Später, im Jahr 2012, als der Fokus auf die europäische Krise wechselte, wurde die Kritik dann konkreter (oder personalisierter) in den Schuldzuschreibungen: Es seien nicht die griechischen Arbeiter und Gewerkschaften, die den Zusammenbruch der Finanzmärkte zu verantworten hätten, sondern die „Gier der Banker und der Reichen“ (IG BAU 2012-28) ebenso wie die dann folgenden Austeritätsmaßnahmen, die die Krise noch befeuerten (IG BAU 2012-57). Mit diesem diagnostische *framing* konnten die eigenen Interessen wie starke Lohnzuwächse offensichtlich verbunden werden, trotz der Schwere der Krise.

Das Krisen*framing* des HDB konzentrierte sich stark auf die Wirkungen der Konjunkturpakete. Immer wieder betonte die Pressestelle der Bauindustrie, dass die Krise vor allem wegen der erfolgreichen staatlichen Interventionen nicht so dramatisch sei, wie zunächst zu befürchten war. Die Ursachen der Krise selbst hingegen wurden kaum thematisiert, vermutlich weil die Bauindustrie insbesondere das eigene Image aufbessern wollte. Spätestens auf der diagnostischen Ebene des *framing* treten die Gemeinsamkeiten und Unterschiede der beiden Bauindustrie-Verbände hervor: Beide Verbände wissen um ihre Abhängigkeit von der Binnen- nachfrage und auch von staatlichen Aufträgen. Allerdings divergieren die Interessen, was die prinzipielle Organisation der Wirtschaft angeht und bezüglich der Relevanz der europäischen Ebene. Für die IG BAU scheint letztere, nicht zuletzt auf Grund der gefürchteten Konkurrenz durch sinkende Standards innerhalb der EU, einen höheren Stellenwert zu haben.

Die Ursachenbeschreibungen von IG Metall und IG BAU gleichen sich in den wesentlichen Punkten. Nachdem zunächst nur das Finanzsystem im Zentrum der Kritik stand, wurde die Krise schnell als Anlass für grundsätzlichere Kritik an ständig weiter getriebener Profitmaximierung (IG Metall 26.2.2009, 17.3.2009) und dem *shareholder value*-Prinzip (IG Metall 4.9.2009) genutzt. Außerdem hätte die um sich greifende Spekulation nicht nur die ursprüngliche Krise, sondern auch die Staatsschuldenkrise verursacht, und die gerade geretteten Banken würden nun auf Kosten des griechischen Staates zweistellige Profitraten einstreichen (IG Me-

tall 1.5.2010). Die schnelle Überwindung der Krise in Deutschland schrieb die IG Metall den Lohnopfern der Metall- und Elektroindustrie zu (IG Metall 1.5.2011), aber gleichzeitig auch den noch für 2009 durchgesetzten Lohnerhöhungen, die die Binnennachfrage stabilisierten (IG Metall 10.10.2011). Während die IG Metall die „Krisenverursacher in den Finanzzentren und die Besitzer großer Vermögen“ (IG Metall 14.11.2012) als Ziel ihrer Kritik identifizierte, könnte die Sicht der Arbeitgeber hier kaum gegensätzlicher sein. Zu Beginn war Gesamtmetall äußerst vorsichtig mit Schuldzuschreibungen, es erfolgte also keine Kritik an den entfesselten Finanzmärkten, wie es beim HDB zumindest in Abgrenzung zu der solide wirtschaftenden Bauindustrie anklang. Bis 2010 sind die einzigen diagnostischen Aussagen jene, die die eigenen Erfolge beschreiben, die Beschäftigung auf hohem Niveau zu halten. 2011 wurden die Aussagen aber zunehmend schärfer und eindeutiger: „Wir haben keine Euro-Krise, wir haben eine Schuldenkrise“ (Gesamtmetall 30.12.2011). Schon zu diesem Zeitpunkt war die Krise komplett externalisiert: Auf der einen Seite stand Deutschland mit seiner starken Wirtschaft, auf der anderen Seite die „Krisenländer“ mit ihrer „verfehlten Haushaltspolitik“ (z. B. Gesamtmetall 21.09.2012). Dennoch gilt auch für Deutschland, dass zu hohe Staatsausgaben in den Augen von Gesamtmetall und ihrem *think tank* INSM³ das größte Risiko für Wachstum und Wohlstand darstellten. Es scheint demnach, dass der Konflikt zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite zumindest verbal schärfer im Hochlohn-/Hochproduktivitätssektor ausgetragen wird. Das könnte unter anderem am großen Einfluss liegen, den man beiden Verbänden unterstellen kann – immerhin ist die IG Metall die mitgliederstärkste Einzelgewerkschaft der Welt, Gesamtmetall gilt als einer der einflussreichsten Industrieverbände Deutschlands.

Das erste auch nur indirekt diagnostische Krisen*framing* der BDA kommt ebenfalls erst spät und argumentiert nur, dass höhere Unternehmenssteuern die Krise verschärfen würden (BDA 30.6.2009, gemeinsame Pressemitteilung mit weiteren Arbeitgeberverbänden) – die Finanzkrise und ihre Ursachen werden also nicht weiter thematisiert. Die Krise wurde vielmehr umgedeutet von einer Finanz- und Wirtschaftskrise – deren Gründe nicht weiter genannt wurden, da dies wohl zu offensichtlich den eigenen Interessen an Liberalisierung und Deregulierung widersprochen hätte – zu einer Staatsschuldenkrise, deren Ursachen (fehlgeleitete Haushaltspolitik) eher zu den eigenen Interessen passten. Bemerkenswert am diagnostischen *framing* der BDA ist also, dass es erst auftaucht, als es möglich wird, die Krise interessengerecht zu *framen*.

³ Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) wird von Gesamtmetall finanziert und arbeitet mit dem Ziel „zur Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft“ vgl. <http://www.insm.de/insm/ueber-die-insm/FAQ.html> (13.1.2015).

Der DGB hingegen nutzte die Krise von Beginn an, um langfristige Entwicklungen zu kritisieren die seiner Meinung nach in die Krise geführt hatten, beginnend, noch vor der eigentlichen Krise in Deutschland, mit der zunehmenden Finanzialisierung der Altersversorgung in Deutschland (DGB 2007-182). Konkret seien an der Krise insbesondere die Fehlorientierung der meisten Banken, kurzfristige Profitmaximierung und die zunehmenden Ungleichheiten schuld (z. B. DGB 2008-59, 179, 180, 199, 203). Zentraler Grund für die Krise war dem DGB zufolge die fehlende Regulierung unternehmerischer Tätigkeit, die aus dem Ruder gelaufen war. Im gleichen Maße kritisierte der DGB die „Behauptung von Herrn Ackermann, dass wir alle in einem Boot sitzen. Die arbeitenden Menschen und ihre Gewerkschaften sitzen mit den Verursachern der Krise nicht in einem Boot. Wir gehören nicht zu den Verursachern der Krise. Mitschuld an der Krise haben u. a. verantwortungslose Banker.“ (DGB 2009-57)

Das diagnostische *framing* und die damit verbundenen Ursachenbenennungen und Schuldzuweisungen divergieren erwartungsgemäß stark. Insbesondere Gesamtmetall und BDA haben erst sehr spät Diagnosen veröffentlicht und nahmen damit an der Kritik an den entfesselten Finanzmärkten und deren Rolle in der Entwicklung der Krise nicht teil. Die Haushaltsprobleme insbesondere in Südeuropa wurden hingegen früh kommentiert und die Ursachen wurden eben nicht bei den Märkten, sondern bei den Regierungen gesucht. Die Gewerkschaften versuchten hingegen ihre Kritik aufrechtzuerhalten, die schon zu Beginn der Krise auf die Entfesselung und Deregulierung der Finanzmärkte zielte.

2.4.3 Regulierung der Banken oder Haushaltsdisziplin?

Die Bundesregierung reagierte auf die Krise mit zwei Konjunkturpaketen im Oktober 2008 und Anfang 2009, einem Steuerpaket Ende 2009 und schließlich mit einem Sparpaket im Juni 2010. Daneben kam es zu einer ganzen Reihe von mehr oder weniger koordinierten europäischen Krisenpolitiken, zum Beispiel EFSF und ESM (dazu die Beiträge von Dorothee Riese und Jenny Preunkert in diesem Band). Offensichtlich verspürte also (nicht nur) die Bundesregierung erheblichen Handlungsdruck, dem sie zumindest symbolisch⁴ mit entsprechenden Paketen begegnen wollte.

⁴ Die Konjunkturpakete sind bei näherem Betrachten nicht so groß ausgefallen, wie sie verkauft wurden. Das Sparpaket der schwarz-gelben Regierung ist verglichen mit den Sparmaßnahmen in Südeuropa ebenfalls sehr klein. Diese Auffassung vertreten auch Ministeriumsmitarbeiter, die der Autor im Zuge eines EU-geförderten Projektes interviewen konnte (vgl. <http://www.livewhat.unige.ch>).

Das prognostische *framing* beschreibt die aus der Krise erwachsenden Konsequenzen und, viel wichtiger, die von den jeweiligen Akteuren empfohlenen oder als gefährlich erachteten Maßnahmen gegen die Krise. Aus der Perspektive der IG BAU war die wichtigste Reaktion auf die Finanzkrise, endlich wieder in „echte Werte“, also Wohnungsbau und Infrastruktur, zu investieren (IG BAU 2008-68) und ganz generell staatliche Interventionen wie auch die zu diesem Zeitpunkt bekannt gegebenen Konjunkturpakete zu unterstützen (IG BAU 2008-74). Darüber hinaus sollte aber auch das deutsche Wirtschaftsmodell insgesamt eine Umorientierung erfahren und die zunehmenden Strategien der Deregulierung und Liberalisierung zurückgenommen werden (IG BAU 2009-100, 2010-6, 2010-29). Konkret forderte die IG BAU unter anderem zu diesem Zweck seit 2010 eine Finanztransaktionssteuer (IG BAU 2010-38), was sich 2011 zu einer Kernforderung gerade auf der europäischen Ebene entwickelte. Seit 2012 forderte die Gewerkschaft außerdem einen neuen Marshall-Plan, also ein europäisch koordiniertes Investitionsprogramm, um die Krise zu überwinden (IG BAU 2012-28). Zusammengefasst versuchte die IG BAU im Licht der Krise, mehr Staatsinterventionen zu erreichen und auf ein sozialeres Europa und in diesem Sinne eine vertiefte Integration hinzuwirken.

Auch der HDB rief nach mehr und kontinuierlicheren Staatsinvestitionen in „echte Werte“, anstatt weiter dubiose Finanzprodukte zu fördern. Mit diesem *framing* versuchte der HDB offensichtlich, die Bauindustrie in der Öffentlichkeit und gegenüber der Politik als unterstützenswert darzustellen: Im Lichte der Staatsschuldenkrise könne die Bauindustrie „Problemlöser in den Bereichen Klimaschutz und Infrastruktur“ sein (HDB 2012-23). Außerdem nutzte der Verband die Krise immer wieder als Argument, um konkrete (nationale) Gesetzesvorhaben zu kritisieren, wie zum Beispiel zu Zinsschranken (HDB 2009-7), das Bauforderungssicherungsgesetz (HDB 2009-19), ein zu laxes Übernahmegesetz (HDB 2010-43), sowie zu hohe Steuern (HDB 2009-29). Noch 2010 forderte er mehr Geld für die bereits aufgelegten Konjunkturpakete (HDB 2010-6). Der HDB begrüßt also mehr Staatsinvestitionen, möchte aber gleichzeitig weniger Regulierung, vor allem auf der europäischen Ebene.

Mitten in der globalen Finanzkrise bestand die IG Metall auf ihrer Forderung nach 8 % mehr Lohn, mit der Begründung, dass eine kräftige Lohnerhöhung die Binnennachfrage stärken und so die Wirtschaft stabilisieren würde (IG Metall 25.10.2008). Außerdem trat sie von Anfang an für eine strikte Re-Regulierung der Finanzwirtschaft ein (IG Metall 8.11.2007, 30.10.2008). In den folgenden Monaten verfolgte sie eine Doppelstrategie: Einerseits forderte sie „eine andere Politik“ und kritisierte das gegenwärtige und für die Krise verantwortliche („neoliberale“) Wirtschaftssystem, andererseits unterstützte sie konkrete Maßnahmen, die den

Status quo sichern halfen, wie die Abwrackprämie. Solche Maßnahmen gelten in Deutschland allerdings normalerweise nicht als legitime Politikoptionen. Zu sehr widersprechen sie dem ordoliberalen wirtschaftswissenschaftlichen Mainstream, zu sehr erinnern sie an einen etatistisch organisierten Kapitalismus, den man eher in Frankreich vermutet. Als sich der Fokus der öffentlichen Debatte auf die Staatsschulden der südeuropäischen Euromitglieder verschob, forderte die IG Metall vertiefte politische Integration, einen Marshall-Plan⁵ und gemeinsame europäische Initiativen wie eine Transaktionssteuer (IG Metall 8.6.2010). Die IG Metall versuchte also nicht nur, das deutsche Wirtschaftsmodell keynesianisch zu erweitern, sondern forderte auch auf europäischer Ebene institutionelle Reformen.

Gesamtmittel optierte Ende 2008 für die Ausweitung der internen Flexibilität (ohne Kündigungen, z. B. Arbeitszeitkonten, Kurzarbeitergeld), anstatt wie bisher auf weiterer externer Flexibilisierung (z. B. durch Lockerung des Kündigungsschutzes) zu bestehen. Diese Forderung beruhte auf der Einschätzung der Krise als einer Nachfrage- statt einer strukturellen Überproduktionskrise. Für den Hochproduktivitätssektor war es also wichtiger, die qualifizierten Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen über eine als temporär empfundene Krisenperiode hinaus zu halten, um dann die Produktion schnell wieder hochfahren zu können (Bosch 2011, S. 259 ff.). In der Öffentlichkeit kritisierte der Arbeitgeberverband dennoch die Konjunkturpakete und hier insbesondere die investiven Maßnahmen (Gesamtmittel 20.1.2009), nicht aber die Erleichterungen bei der Kurzarbeit (Gesamtmittel 24.3.2009, 18.06.2009). Wie auch das diagnostische *framing* war in der ersten Phase der Krise auch das prognostische *framing* eher defensiv. Als die deutsche Wirtschaft wieder auf einem stabilen Wachstumskurs war, versuchte Gesamtmittel immer wieder, Gewerkschaften und Politik für ihre Positionen (Investitionserleichterung, Lohnzurückhaltung, etc.) zu gewinnen, indem das gemeinsame Schicksal in der Krise betont wurde (Gesamtmittel 31.01.2011, 01.07.2011, 11.11.2011). Nur mit ihren Vorschlägen könne ein Übergreifen der nun externalisierten Staatsschuldenkrise auf Deutschland auch mittelfristig verhindert werden.

Wie schon oben angemerkt, unterscheiden sich die Themen der Dachorganisationen DGB und BDA von denen der Sektorverbände. Schon 2007 forderte der DGB die Europäische Zentralbank auf, die Leitzinsen zu senken, um die Auswirkungen der Finanzkrise aufzufangen (DGB 2007-141, 165; 2008-1, 14). Ebenfalls sehr früh begann der DGB, die Krise als *critical juncture* zu deuten und einschneidende Veränderungen der makroökonomischen Ausrichtung der deutschen Wirtschaftspolitik zu fordern. Mit den deutlich keynesianisch geprägten Konjunkturpaketen

⁵ Die Forderung nach einem Marshall-Plan fungiert vermutlich wiederum als *frame amplification* (Snow et al. 1986).

verbuchte er einige, allerdings temporär begrenzte Erfolge. Auch eine Finanztransaktionssteuer forderte der DGB schon sehr früh, verbunden mit der Hoffnung, die Finanzialisierung der Wirtschaft so zumindest einzugrenzen (DGB 2008-168). Das erklärte Ziel war, auf eine wieder „wirklich soziale Marktwirtschaft“ hinzuarbeiten (DGB 2009-8) beziehungsweise ein neues Finanz- und Wirtschaftssystem zu etablieren (DGB 2009-48). Außerdem würde eine stärkere Demokratisierung und Limitierung der Wirtschaft (DGB 2008-73) zukünftige Krisen verhindern helfen. In gleicher Weise – und deutlich früher als die Sektorgewerkschaften – forderte der DGB „einen neuen europäischen Ordnungsrahmen“ (DGB 2009-23), inklusive Finanztransaktionssteuer, einer Stärkung des Europäischen Parlaments und einer „sozialen Dimension“ der europäischen Integration. Doch schon Mitte 2009 wurden die Forderungen defensiver und die Pressemitteilungen betonten, dass es unfair sei, die Finanzmärkte nicht zu regulieren und die Banker und Reichen nicht an den Kosten der Krise zu beteiligen. Dazu kam ab 2010 zunehmende Kritik am europäischen Austeritätsregime (DGB 2010-68) sowie heftiger Widerspruch gegen die deutsche und europäische Krisenpolitik (z. B. DGB 2012-182, 2013-54). Statt Wettbewerb, Lohnsenkungen und Spardiktaten sollte ein Marshall-Plan die Krise überwinden (DGB 2013-9). Das *framing* des DGB wurde allerdings immer defensiver, während die erhoffte Re-Regulierung ausblieb (DGB 2011-33), und das *window of opportunity* „für eine andere Politik“ von der Politik nicht genutzt wurde (DGB 2011-145).

Die BDA versuchte ebenfalls, schon zuvor vertretene Positionen mit Hilfe der Krisenrhetorik zu stärken. Zu stark steigende Löhne, europäische Initiativen in der Umwelt- und Klimapolitik sowie staatliche Interventionen in der Verbraucher- und Energiepolitik wurden als schädlich gerade in unsicheren Zeiten gebrandmarkt (BDA 2008-96, 10.12.2008). Hingegen begrüßte der Verband die in das zweite Konjunkturpaket aufgenommene Schuldenbremse. Damit ist auch die Hauptforderung für die kommenden Jahre und insbesondere für die europäische Krise schon genannt. Wie die Gewerkschaften befürwortete die BDA ebenfalls „mehr“ europäische Integration als Krisenlösung, meinte damit aber etwas ganz anderes, nämlich vor allem eine vergemeinschaftete Haushaltskontrolle. Ein weiteres erwähnenswertes Element des BDA-Krisen*framing* ist das Hervorheben der eigenen Leistungen bei der Lösung der Krise in Deutschland, wo man flexibleren Regelungen auf dem Arbeitsmarkt sowie umfassender Kooperation mit den Gewerkschaften zugestimmt hatte (BDA 22.1.2010, 30.6.2010, 8.1.2013). Damit versucht die BDA, sich als verlässlicher und kompromissbereiter Partner darzustellen.

2.5 Die Krise als Chance

Seit sechs Jahren fordern die Auswirkungen der Krise eine Lösung. Krisen brauchen immer Lösungen, aber das heißt nicht, dass notwendigerweise tiefgreifende institutionelle Wandlungsprozesse zu erwarten sind. Dieses Kapitel hat deshalb das auf die Krise gerichtete *framing* deutscher Verbände untersucht, die versuchten, institutionellen Wandel zu beschleunigen, zu initiieren oder zu verhindern, und zwar sowohl auf der nationalen wie auf der europäischen Ebene.

Fasst man die empirischen Beobachtungen aus Abschn. 2.4 zusammen, so lässt sich zunächst eine soziale Konstruktion der Krise nachvollziehen, die sich schlagwortartig als „von der Finanzkrise zur Staatsschuldenkrise“ beschreiben lässt. Diese Beobachtung deckt sich mit Befunden in der Literatur, hier konnte jedoch gezeigt werden, dass die Sozialpartner diese Lesarten verstärken und strategisch nutzen. Die Arbeitgeberverbände waren in der Phase der Finanzkrise entsprechend vorsichtig, Verantwortlichkeiten zu benennen. Nur der HDB forderte mehr (staatliche) Investitionen in „echte Werte“, was die These bestätigt, dass Sektoren und die entsprechenden Interessenlagen relevant für das *framing* sind. Schnelle und effektive staatliche Hilfe wurde von allen Arbeitgebern begrüßt, aber jeder darüber hinausgehende Versuch, die Spielregeln und Strukturen zu verändern, wurde äußerst kritisch gesehen. Selbst Maßnahmen wie die Finanzmarkttransaktionssteuer wurden abgelehnt, die die untersuchten Sektoren gar nicht direkt betroffen hätte. Die Krise wurde als außergewöhnliche, nicht aus dem System selbst entstandene, Situation *geframed*. Als dann der Staatsschulden-*frame* im Diskurs auftauchte und Anknüpfungspunkte bot, fiel es allen voran der BDA sehr schnell sehr leicht, die eigenen Narrative, wie weniger Staatsintervention oder mehr Haushaltskontrolle, als prognostisches *framing* anzubieten.

Die untersuchten Gewerkschaften wiederum bemühten sich nach einer längeren Phase hoher Arbeitslosigkeit und spürbarer Niederlagen insbesondere auf dem Arbeitsmarkt, die Krise als Chance zu begreifen, diese Politik als verfehlt darzustellen. Das neoliberale Wirtschaftsmodell hatte in ihrer Darstellung die Krise verursacht und war deshalb selbst reformbedürftig. Allerdings ging der anfängliche Schwung bald verloren. Die erfolgreiche Externalisierung (räumlich) als Krise anderer Länder und das *reframing* (inhaltlich) als Staatsschuldenkrise schwächten den kriseninduzierten Handlungsdruck auf die Politik und auf die Kompromissbereitschaft der Arbeitgeber zuungunsten der Gewerkschaften. Allerdings wurden mit der Externalisierung der Krise auch für die Gewerkschaften institutionelle Veränderungen weniger dringlich als etwa während des Wirtschaftseinbruchs 2008/2009, nach dem schnell Kompromisse gefunden worden waren.

In diesem Beitrag konnte gezeigt werden, dass beide Seiten, Gewerkschaften wie Arbeitgeber, die Krise entsprechend der eigenen Agenda *framten*. Außerdem wurde davon ausgegangen, dass eine Krise aus Sicht eines Akteurs gleichzeitig eine Chance und eine Gefahr sein kann. Für die Gewerkschaften bestand die Chance darin, die negativen Folgen von Finanzialisierung der Wirtschaft sowie Deregulierungs- und Liberalisierungspolitik der davor liegenden Jahre zu kritisieren – und vielleicht sogar eine Politikwende einzufordern. Die Gefahr sahen sie nicht nur in der steigenden Arbeitslosigkeit, sondern auch darin, dass die Gegenseite die Krise als Argument für Lohnzurückhaltung nutzen würde. Diese letztere Gefahr, so befürchtete es zumindest die IG BAU explizit, setzte sich dann in Form der Staatsschuldenkrise fort: Die Sparanstrengungen in den südeuropäischen Ländern führen demzufolge auch für die deutschen Beschäftigten in der Bauindustrie über kurz oder lang zu Einbußen.

Dagegen waren die Arbeitgeberverbände zwar zu Beginn der Krise vorsichtiger, doch mit Fortschreiten der Krise gewannen sie Oberwasser: Das *framing* wurde aggressiver und fordernder und insbesondere die BDA nutzte die Krise, um Änderungen gerade auch auf der europäischen Ebene zu fordern. Wettbewerb, Haushaltskontrolle und Arbeitsmarktflexibilisierung wurden nicht nur als ihre eigenen Ziele, sondern auch allgemein als beste Medizin gegen die Krise gepriesen. Die Forderungen gingen dabei explizit über konkrete Verteilungsfragen hinaus und zielten auf die Rahmenbedingungen für deren Aushandlung.

Die Krise bot somit für alle Verbände eine Möglichkeit, den Konflikt um die weitere Institutionalisierung der europäischen Ebene zu intensivieren (zum Thema Konflikt und Integration das Kapitel von Thilo Fehmel). Dies widerspricht der Lesart der Krise als Endpunkt oder Hindernis des Integrationsprojektes. Dabei sind die *framing*-Versuche der Sektorverbände erwartungsgemäß weniger auf die europäische Ebene gerichtet als die der Dachverbände. Außerdem versuchten die Akteure, die nationalen Konfliktrahmen herauszufordern und auch hier einen Konflikt um den Konfliktrahmen (Fehmel 2010) zu eröffnen. Nicht zuletzt aufgrund der Externalisierung der Krise als Problem anderer sind diese Versuche im deutschen Fall relativ folgenlos geblieben.

Literatur

- Austin, J. L. 1975. *How to do things with words*. Cambridge: Harvard University Press.
- Bermeo, N. G., und J. Pontusson, Hrsg. 2012. *Coping with crisis: Government reactions to the great recession*. New York: Russell Sage Foundation.
- Bieling, H.-J. 2013. Die Krise der Europäischen Union aus der Perspektive einer neogramscianisch erweiterten Regulationstheorie. In *Fit für die Krise? Perspektiven der Regula-*

- tionstheorie*, Hrsg. R. Atzmüller, J. Becker, U. Brand, L. Oberndorfer, V. Redak, und T. Sablowski, 309–328. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Blyth, M. 2013. Paradigms and paradox: The politics of economic ideas in two moments of crisis. *Governance* 26 (2): 197–215.
- Bohmann, G., und G. Vobruba. 1992. Crisis and their interpretations. The world economic crises of 1929 ff. and 1974 ff. in Austria. *Crime, Law and Social Change* 17 (2): 145–163.
- Bosch, G. 2011. The German labour market after the financial crisis: Miracle or just a good policy mix? In *Work inequalities in the crisis: Evidence from Europe*, Hrsg. D. Vaughan-Whitehead, 243–275. Cheltenham: Edward Elgar.
- Bracher, K. D. 1972. *Crisis government. International Encyclopedia of the Social Sciences*. New York: Free Press.
- Coleman, S. 2013. How to make a drama out of a crisis. *Political Studies Review* 11 (3): 328–335.
- Davies, H. 2010. *The financial crisis: Who is to blame?* Cambridge: Polity Press.
- De Ville, F., und J. Orbie. 2014. The European commission's neoliberal trade discourse since the crisis: Legitimizing continuity through subtle discursive change: EC's trade discourse since the crisis. *The British Journal of Politics & International Relations* 16 (1): 149–167.
- Fehmel, T. 2010. *Konflikte um den Konfliktrahmen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Gaßmann, H., R. Weggler, und M. Wolf. 1987. „Krise des Sozialstaats“ – Krise für wen? *Prokla* 17 (2): 135–152.
- Goffman, E. 1986. *Frame analysis: An essay on the organization of experience*. Boston: Northeastern.
- Habermas, J. 1973. *Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Hay, C. 2013. Treating the symptom not the condition: Crisis definition, deficit reduction and the search for a new British growth model: Treating the Symptom not the Condition. *The British Journal of Politics & International Relations* 15 (1): 23–37.
- Jänicke, M. 1973. Krisenbegriff und Krisenforschung. In: *Herrschaft und Krise*, Hrsg. M. Jänicke, 10–25. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Kessler, O. 2013. Die Krise als System? Die diskursive Konstruktion von „Risiko“ und „Unsicherheit“. In *Ökonomie, Diskurs, Regierung*, Hrsg. J. Maeße, 57–76. Wiesbaden: Springer.
- Knight, D. M. 2013. The Greek economic crisis as trope. *Focaal* 65:47–159.
- Koch-Baumgarten, S. 2010. Verbände zwischen Öffentlichkeit, Medien und Politik. In *Handbuch Verbandskommunikation*, Hrsg. O. Hoffjann und R. Stahl, 239–258. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Koch-Baumgarten, S. 2013. *Medien im Tarifkonflikt: Akteurs- und Medienframes im Streik um die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall 1956/57*. Berlin: Lit.
- Koselleck, R. 1982. Krise. In *Geschichtliche Grundbegriffe*, Hrsg. O. Brunner, W. Conze, und R. Koselleck, 617–650. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Kushner, B., und S. Kushner. 2013. *Who needs the cuts? myths of the economic crisis*. London: Hesperus.
- Lehndorff, S., Hrsg. 2012. *Ein Triumph gescheiterter Ideen. Warum Europa tief in der Krise steckt*. Hamburg: VSA.
- Mayntz, R. 2012. *Crisis and control: Institutional change in financial market regulation*. Frankfurt a. M.: Campus.

- Nagel, A. K., B. U. Schipper, und A. Weymann. 2008. Zur religiösen Konstruktion gesellschaftlicher Krise. In *Apokalypse: Zur Soziologie und Geschichte religiöser Krisenrhetorik*, Hrsg. A. K. Nagel, B. U. Schipper, und A. Weymann, 303–309. Frankfurt a. M.: Campus.
- Pontusson, J., und D. Raess. 2012. How (and Why) is this time different? The politics of economic crisis in Western Europe and the United States. *Annual Review of Political Science* 15 (1): 13–33.
- Preunkert, J. 2011. Die Krise in der Soziologie. *Soziologie* 40 (4): 432–442.
- Preunkert, J. 2012. Die europäische Antwort auf die Finanzmarktkrise. *Zeitschrift für Politik* 22 (1): 69–94.
- Quiring, O., H. M. Kepplinger, M. Weber, und S. Geiß. 2013. *Lehman Brothers und die Folgen: Berichterstattung zu wirtschaftlichen Interventionen des Staates*. Wiesbaden: Springer.
- Repplinger, R. 1999. *Auguste Comte und die Entstehung der Soziologie aus dem Geist der Krise*. Frankfurt a. M.: Campus.
- Roe, E. 1994. *Narrative policy analysis: Theory and practice*. Durham: Duke University Press.
- Schwarz, A., und F. Pforr. 2010. Krisenkommunikation deutscher Verbände. In *Handbuch Verbandskommunikation*, Hrsg. O. Hoffjann und R. Stahl, 353–377. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Snow, D. A., E. B. Rochford, S. K. Worden, und R. D. Benford. 1986. Frame alignment processes, micromobilization, and movement participation. *American Sociological Review* 51 (4): 464–481.
- Steil, A. 1993. *Krisensemantik. Wissenssoziologische Untersuchungen*. Opladen: Leske + Budrich.
- Thompson, G. 2009. What's in the frame? How the financial crisis is being packaged for public consumption. *Economy and Society* 38 (3): 520–524.
- Urhammer, E., und I. Røpke. 2013. Macroeconomic narratives in a world of crises: An analysis of stories about solving the system crisis. *Ecological Economics* 96:62–70.
- Vobruba, G. Hrsg. 1983. „Wir sitzen alle in einem Boot“. *Gemeinschaftsrhetorik in der Krise*. Frankfurt a. M.: Campus.
- Vobruba, G. 2005. *Die Dynamik Europas*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Krise und Integration

Gesellschaftsbildung in der Eurokrise

Preunkert, J.; Vobruba, G. (Hrsg.)

2015, XIII, 234 S. 20 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-09230-6